

Impulspapier Frieden zum Krieg in der Ukraine

Die Evangelische Kirche Hessen-Nassau hat im November 2019 das friedensethische Impulspapier „Kirche des gerechten Friedens werden“ synodal angenommen. Einige Zitate seien anlässlich des Kriegs in der Ukraine erinnert und mit aktuellen (Heraus-) Forderungen verbunden.

1. Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!

„Wir stellen uns in die Tradition der Ersten Ökumenischen Vollversammlung in Amsterdam 1948 und sagen „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!“¹

Es ist Krieg in der Ukraine. Am 24.2.2022 wurde durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin der Angriff auf den unabhängigen und souveränen Staat Ukraine angeordnet. Dieser Krieg Russlands ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Langfristige Folgen zeichnen sich bereits ab: Sanktionen, militärische Auf- und Ausrüstung, Flucht. Wir schließen uns allen Aufrufen zum Niederlegen der Waffen an und sagen: Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!

2. Das Ende des Friedens ist nicht das Ende christlicher Friedenshoffnung

„Christliche Friedenshoffnung vertraut der Kraft Gottes und wirkt sich in praktischer Friedenspolitik aus:

- *Vermeidung von Gewalt und Bedrohung sowie Schutz vor Gewalt,*
- *Förderung von Freiheit,*
- *Anerkennung religiöser, kultureller und geschlechtlicher Vielfalt,*
- *und Abbau von Not.“*

In einem Krieg gibt es keine Gewinner. Unzählige Menschenleben, Infrastrukturen und die Natur werden zerstört. Historisch errungene internationale multilaterale Zusammenarbeit, Demokratie und Menschenrechte bleiben in Kriegssituationen auf der Strecke.

Um Menschen vor Gewalt zu schützen, sind in der Ukraine jetzt Sicherheit und Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten. Zivile Infrastrukturen sind im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu schützen.

Viele Menschen fliehen vor dem Krieg. Die Nachbarländer der Ukraine nehmen Tausende flüchtender Menschen auf. Die Grenzen Europas müssen offen sein für *alle* Menschen, die Sicherheit und Schutz suchen, unabhängig von ihrer Hautfarbe und ethnischen oder religiösen Herkunft.

Die Folgen der gegen Russland verhängten Sanktionen werden auch die Zivilbevölkerung in vielen Ländern treffen. Energiepreise werden sich erhöhen, Handelsketten werden komplizierter und Waren dadurch teurer usw. Solidarität hat einen Preis. Die Bundesregierung sollte gegenüber der deutschen Bevölkerung klar kommunizieren, mit welchen Folgen sie rechnet. Wir alle sind gefordert Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und allen, die sich gegen diesen Krieg aussprechen zu üben.

¹ Alle blau hinterlegten Zitate sind aus dem Impulspapier „Kirche des gerechten Friedens werden“ aus dem Jahr 2019, vgl.

3. Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor

„Zivile Konfliktlösungen dienen dem Frieden weltweit nachhaltig. Darum treten wir entschieden für deren Vorrang vor militärischen Sicherheitsstrategien ein. Wir sehen in ihnen die beste Option, Frieden dauerhaft zu ermöglichen.“

Es scheint, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine aller Friedenspolitik, Diplomatie, Kooperation und internationaler Zusammenarbeit eine Absage erteilt hat. Die Enttäuschung, Verbitterung und Ernüchterung ist – vermutlich auf allen Seiten – groß. Gleichwohl gilt: eine „Friedens- und Sicherheitspolitik, die an einer gerechten, stabilen und langfristigen Ordnung interessiert ist, beginnt dort, wo die Interessen, Ängste und Befindlichkeiten der anderen Seite ernst genommen werden.“² Jetzt ist der Zeitpunkt, sich über Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung Gedanken zu machen, die auch die Menschen in Russland umfasst. „Wir brauchen eine europäische Sicherheitsarchitektur, die garantiert, dass Grenzen geachtet werden und dass sich Sicherheit an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.“³

4. Atomwaffen ächten, Abrüstung vorbereiten – Schwerter zu Pflugscharen

„Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel. Ihre Herstellung, Bereitstellung und ihr Einsatz sind zu ächten. Wir, Kirchensynode und Kirchenleitung der EKHN, fordern die Bundesrepublik Deutschland auf, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (UN) zu unterzeichnen. Ihre Herstellung, Bereitstellung und ihr Einsatz sind zu ächten.“

Präsident Putin hat am 26.2.2022 die atomaren Streitkräfte Russlands in Alarmbereitschaft versetzt. Die Existenz von Atomwaffen birgt die grundsätzliche Gefahr, dass sie auch eingesetzt werden. Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel. Wir sind überzeugt: sie dürfen nicht sein. Es bedarf internationaler atomarer Abrüstung. Für den Moment müssen alle Mittel ausgeschöpft werden, um die Eskalation in einen Nuklearkrieg zu verhindern.

Bundeskanzler Scholz hat am 27. Februar in einer Sondersitzung des Bundestages ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr angekündigt. Zusätzlich soll der jährliche Verteidigungsetat mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) betragen. Es ist zu befürchten, dass damit nötige Mittel für die Bewältigung der großen Krisen der Menschheit wie Pandemien, Klimakrise, Hunger und Artensterben umgelenkt werden. Darum ist in eine langfristige europäische Friedensordnung zu investieren, die nicht auf militärischer Abschreckung beruht. Die Struktur dafür bieten die OSZE und die UN und nicht Militärbündnisse in Ost und West, die sich dann wie zu Zeiten des Kalten Krieges hochgerüstet waffenstrotzend gegenüber stehen.

Die Vorstellung vom Gerechten Frieden ist davon geprägt, dass wir in Frieden *miteinander* und nicht in Sicherheit *voreinander* leben. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass eine nachhaltige europäische Friedensordnung auf gemeinsamer Abrüstung beruhen muss.

² Analyse und Stellungnahme der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, vgl. <https://blog.prif.org/2022/02/24/frieden-am-ende-die-eskalation-im-russland-ukraine-konflikt-und-die-rolle-der-friedenspolitik/>

³ Dr. Martina Fischer/ Brot für die Welt, vgl. <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2022-krieg-in-der-ukraine/>

5. Historische Schuld und aktuelle Verantwortung

*„Wir sind verstrickt in das Unrecht der Welt, welches Gewalt und Krieg hervorbringt, als einzelne Glaubende und als Kirche. Gerade als Christ*innen schämen wir uns, dass Kirchen immer wieder sogar aktiv am Kriegstreiben beteiligt waren und sind.“*

Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg unendliches Leid auch über die Bevölkerungen der Ukraine und Russland gebracht. Darum hat in der historischen Entwicklung Deutschland oft eher eine Vermittlerrolle gegenüber Russland beziehungsweise in Osteuropa eingenommen. Wenn aktuell behauptet wird, deutsche (und europäische) Vertrauensseligkeit habe zu der Lage in der Ukraine beigetragen, dann ist das geschichtsvergessen. „Ohne die Politik der gemeinsamen Sicherheit wäre Deutschland heute nicht vereint, wären zahlreiche Staaten Osteuropas heute nicht Demokratien und wäre die nukleare Rüstungsspirale nie angehalten worden...Wenn die Bundesregierung die Position des Vermittlers aufrecht erhalten will, muss diese Rolle noch stärker ausgefüllt werden.“⁴ Das bedeutet, alle informellen wie formelle Kanäle zur Deeskalation zu nutzen. Diplomatie endet nicht, wenn ein Krieg beginnt. Es kommt darauf an, Wege von einem gewaltsamen zu einer nicht gewaltsamen Konfliktaustragung zu aufzuzeigen. Dazu können auch die Kirchen durch ökumenische Kontakte, Kirchenpartnerschaften und bilaterale Beziehungen beitragen.

6. Kriegsdienstverweigerung und die Begleitung von Soldatinnen und Soldaten

*„Das Gebot der Feindesliebe steht im Kontext biblischer Hoffnungsbilder wie „Schwerter zu Pflugscharen“ (Micha 4,3). In der Verantwortung vor Gott und in der Freiheit unseres Gewissens haben wir als Christ*innen in Wort und Tat die Friedenshoffnung zu bezeugen, die in uns ist.“*

Die Nachricht eines Kriegs in Europa erschüttert Menschen und verunsichert sie. Junge Leute in Deutschland sowie Soldat*innen und Reservist*innen prüfen ihr Gewissen und fragen neu nach Kriegsdienstverweigerung. Politisch wird eine „Allgemeine Dienstpflicht“ für alle diskutiert. In Russland appellieren Mütter gegen die Rekrutierung ihrer Söhne. In der Ukraine verstecken sich junge Menschen, weil sie nicht mit der Waffe andere Menschen töten wollen.

Die Beratung bei Kriegsdienstverweigerung ist eine kirchliche Aufgabe der Gewissensbildung und –begleitung ebenso wie die Seelsorge an Soldat*innen. Die Proteste in Russland und die Tränen in der Ukraine um die Rekrutierung von jungen Menschen für den Krieg werfen die Frage der internationalen Anerkennung von Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund neu auf. Es wäre ein bedeutsames friedensethisches Signal, wenn klar definiert wäre: alle, die sich dem Einsatz im Krieg verweigern, erhalten Schutz und Asyl.

7. Ökumenische Verbundenheit

*„Als einzelne Christ*innen wie auch als Kirche leben wir aus dem Zuspruch des Friedens Gottes, der uns ermutigt, Frieden in der Welt verantwortlich mitzugestalten. Den Weg des Friedens gehen wir nicht allein. Wir sind verbunden mit den Geschwistern in der internationalen Ökumene.“*

Kirchen sind verbunden in der weltweiten Ökumene. Der Ökumenische Rat der Kirchen ruft zu einer Friedenslogik auf, die nicht auf geopolitischem Wettbewerb basiert. „Gottes Volk – und die Mitglieder der ökumenischen Gemeinschaft – finden sich auf beiden Seiten der derzeitigen Konfrontationslinien. Aber unser Gott ist ein Gott des Friedens und nicht des Krieges und des

⁴ Ebd.

Blutvergießens.⁵ Dem entspräche auf politischer Ebene die Suche nach einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik, die nicht die eigene nationale Sicherheit als alleinigen Maßstab nimmt. Die Herstellung von Stabilität, Sicherheit und Frieden ist eine *gemeinsame* Herausforderung. Auch wenn momentan alles, worauf die europäische Sicherheit gründete, am Boden liegt, - Frieden in Europa wird nur gelingen wenn alle Menschen miteinander in Frieden leben, auch mit Russinnen und Russen.

8. Selig sind, die Frieden stiften“

„Er (Jesus Christus) ruft uns zur Umkehr aus Sünde und Schuld und verheißt das Reich Gottes den Sanftmütigen und denen, die Frieden stiften.“

In Friedensgebeten und Gottesdiensten finden Menschen in Kirchen persönlichen Trost und moralische Orientierung in schweren Zeiten. Gebet und Liturgie haben eine eigene Sprache jenseits der politischen Worte und wissenschaftlichen Analysen um Krieg und Frieden. Diese Sprache lässt Raum für Emotionen und befähigt, zum eigenen Fragen und Suchen nach dem, was dem Frieden dient. Friedensgebete sind zudem ein Zeichen der Solidarität und Gemeinschaft über Grenzen hinweg. Sie skandalisieren und konkretisieren Gewalt und Krieg in der Sprache des Gebets.

Als Kirche unterstützen wir über Partnerschaften, Hilfswerke und Verbände den Ausbau der humanitären Hilfe und setzen uns für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Nachbarstaaten der Ukraine sowie in Deutschland und Europa ein.

Gemeinsam mit allen Menschen und Gruppen, die sich derzeit für ein Ende des Krieges aussprechen fordern wir ein „Nieder mit den Waffen.“ Krieg ist zu ächten, selig sind, die Frieden stiften.

„Die Vision vom gerechten Frieden gehört zum Kernbestand christlicher Verkündigung. Deshalb geben die Kirchensynode und die Kirchenleitung dieses Friedensethische Impulspapier an alle Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen der EKHN und rufen sie mitten in einer durch Kriege, Verletzungen und Gewaltbereitschaft zerrissenen Welt zu einer breiten und nachhaltigen Diskussion der Friedensfrage auf.“

Frankfurt am Main, 3.3.22

Sabine Müller-Langsdorf, Beauftragte für Friedensarbeit

Daniel Untch, Referent für Friedensbildung

⁵ Stellungnahme des Ökumenischen Rates der Kirchen am 24.2.2022, vgl. <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/statement-on-ukraine>